

Zur Aktualität von Ludwig Marum in unserer Zeit

Vortrag aus Anlass der Verleihung des Ludwig-Marum-Preises am 5. November 2010 in Karlsruhe

1882, im Geburtsjahr Ludwig Marums, stand das Deutsche Reich im Zeichen des Sozialistengesetzes, mit dem Reichskanzler Bismarck die Sozialdemokratie zu bekämpfen versuchte. Für die SPD des Kaiserreichs führten diese Jahre in eine Existenzkrise, aus der sie jedoch gestärkt und kraftvoller denn je hervorging.

Als Ludwig Marum im Jahre 1904 der SPD beitrug, war die Partei bereits wieder mit einer machtvollen Fraktion im Berliner Reichstag vertreten. Und ihre Ziele waren Marums Ziele: Soziale Gerechtigkeit, Frauenemanzipation, Toleranz gegenüber Minderheiten, und nicht zuletzt: ein entschiedener Kampf gegen den Antisemitismus. Ein faszinierender Katalog, wie ich finde, denn er gilt heute nicht weniger als damals.

Kein Zufall also, dass sich der angehende Rechtsanwalt Ludwig Marum, so wie viele jüdische Intellektuelle dieser Zeit, der Arbeiterpartei anschloss. Was den Kampf gegen den Antisemitismus angeht, trat und tritt bis heute keine politische Partei Deutschlands so bedingungslos auf wie die SPD. Insofern hatte Marum keine Alternative, wenn er politisch gestalten wollte, auch wenn ihm der Schritt in eine Partei, die sich in ihrer Ideologie massiv gegen die herrschende Obrigkeit auflehnte, nicht ganz leicht gefallen sein dürfte.

Schon damals besaßen die meisten Genossen nämlich eine recht unscharfe Vorstellung von dem von der Partei proklamierten Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Allein

der linke Flügel, aus dem sich später USPD und KPD entwickelten, arbeitete wirklich an einer revolutionären Umgestaltung; für die übrigen Sozialdemokraten ging es im Grunde nur um eine humane, gerechte Ausgestaltung der Gesellschaft.

Auch für die badische SPD, für Ludwig Frank, Wilhelm Kolb und Ludwig Marum, galt dieser reformorientierte Ansatz. In einer Wahlkampfrede erklärte Marum 1918: „Der Sozialismus ist eine Frage der sittlichen Weltanschauung. Wir Sozialdemokraten sind keine Materialisten, sondern Idealisten, Menschen, die einem Ideal nachjagen: Freiheit, Gerechtigkeit und Brot sind unsere Ziele.“

Das, was Marum hier Idealismus nennt, ließe sich in seinem Fall auch schlicht mit Optimismus übersetzen. Marum glaubte unbedingt an den Erfolg seiner politischen Arbeit, seine Zuversicht, so berichteten es seine Weggefährten, war unerschütterlich. Und jedes Hindernis, das sich ihm in den Weg stellte, wurde wiederum zu einer neuen Herausforderung. Noch im Mai 1933, als die Nazis ihn schon in Karlsruhe ins Gefängnis geworfen hatten, schrieb er an seine Frau: „Ich liebe das Leben und den Kampf.“

Aber zurück zur Jahreswende 1918/1919. Marum hatte damals schon viel erreicht, sein Optimismus hatte ihn weit getragen. Er selber amtierte in den Revolutionsmonaten als badischer Justizminister, Deutschland war auf dem Weg in eine parlamentarische Demokratie, das Frauenwahlrecht wurde eingeführt, die Diskriminierung der Juden formal zumindest beendet. Innerhalb weniger Jahre schien sich die Welt zu ihrem Vorteil verändert zu haben, auch wenn die Völker Europas dafür im Ersten Weltkrieg einen hohen Preis zahlen mussten. Für Marum persönlich war vielleicht das Jahr 1928

der Höhepunkt seiner politischen Karriere, er wurde in den Reichstag nach Berlin gewählt.

Als Rechtspolitiker machte er sich dort schnell einen Namen: Er kritisierte die „Klassenjustiz“ des Reichsgerichtshofes, der nur die linken Extremisten belangte, die rechten dagegen laufen ließ; er kämpfte gegen die Todesstrafe, gegen den Paragraphen 218. Kurzum, er war ein auch in unserem Sinne moderner Zeitgenosse, der die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit als Erfüllung seiner wichtigsten politischen Ziele betrachtet hätte.

Und doch hat sich Marum in einer Hinsicht getäuscht: Ludwig Marum, darin sind sich die Historiker einig, zählte zu den vielen, vielen Zeitgenossen der Weimarer Republik, die den Nationalsozialismus und den damit einhergehenden rassistischen Antisemitismus unterschätzt haben.

Nicht, dass Marum sich nicht gewehrt hätte. Es sind viele Beispiele seines entschiedenen Eintretens gegen den Antisemitismus überliefert: Den Studenten von Weimar hielt er vor, dass sie anders als die revolutionären Studenten des Vormärz nicht an der Spitze des Fortschritts, sondern an der Spitze der Reaktion marschierten. Die Hochschullehrer kritisierte er, weil sie jüdischen Medizinstudenten den Zugang zu Ausbildungsplätzen verweigerten. Und natürlich attackierte er die deutschnationalen und konservativen Parteien der zwanziger Jahre, die den Antisemitismus als Mittel der politischen Auseinandersetzung hoffähig machten.

Doch Marum unterschätzte die Dynamik der modernen Judenfeindschaft, weil er sie bloß ökonomisch erklärte, und zwar, wie in der SPD damals üblich, in der Tradition von Karl

Marx. Die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse versprach demnach ein Ende des Antisemitismus.

Offenkundig verzögerte sich dieser Prozess aber. Zugleich wurden nach dem Ersten Weltkrieg weite Teile der Bevölkerung von einer rassistischen Ideologie erfasst, die zum – heute würden wir sagen – Markenkern der Nationalsozialisten gehörte. Und die NSDAP verfolgte ihren Weg zur Macht mit einer bis dahin ungekannten Rücksichtslosigkeit.

So stieß Marum in seinem politischen Kampf am Ende auf einen Gegner, der sich an keine der geltenden Regeln halten wollte. Selbst das wilhelminische Kaiserreich war bei allem Klassendünkel, bei aller Ungerechtigkeit ein Rechtsstaat gewesen – die nationalsozialistische Bewegung hingegen und der ihr innewohnende Antisemitismus setzten sich über alle Gesetze hinweg und vernichteten jeden, der sich ihnen in den Weg stellte.

Eduard Dietz, einer der Väter der badischen Landesverfassung von 1919, hat 1933 als Marums Anwalt alle juristischen Hebel in Bewegung gesetzt, um seinen Mandanten aus der so genannten Schutzhaft zu befreien. Niemand wollte jedoch die Verantwortung für diesen Fall übernehmen, und am Ende bekam Dietz im badischen Innenministerium nur noch zu hören: „Dich altes Sozenschwein holen wir auch noch.“

Marums Briefe an seine Frau, die er in seinen letzten Lebensmonaten aus der Haft heraus geschrieben hat, zeigen, dass er nicht begreifen konnte, wie sehr sich die Nazis längst vom Rechtsstaat verabschiedet hatten. So lehnte er den Vorschlag, das badische Justizministerium um seine Freilassung zu bitten, kategorisch ab. „Ich werde nicht um

etwas betteln, worauf ich ein Recht habe“, schreibt er im Juni 1933 aus dem Konzentrationslager Kislau an seine Frau.

Auch die ihm vorgeschlagene Emigration komme nicht in Frage. „Den Gedanken an Palästina schlage Dir aus dem Kopf bitte“, schreibt er im August 33, „Du weißt, dass ich meine jüdische Abstammung immer bekenne, dass ich den Zionismus und die Idee eines jüdischen Staates aber ablehne.“

Für uns Nachgeborene sind solche Zeilen heute kaum verständlich. Warum nur, so fragt man sich, hat er sich so an eine Nation geklammert, die ihn gerade brutal verstieß?

Tatsächlich hatten Marum, die deutschen Juden und die deutschen Sozialdemokraten stets den Nachweis erbringen müssen, dass sie dazugehörten, dass sie vaterländisch genug waren, um als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt zu werden. Das galt für die Jahre des Kaiserreichs, das galt aber vor allem für das Ende des Ersten Weltkrieges, eine Zeit, in der die Rechtsparteien die Dolchstoßlegende in die Welt gesetzt hatten, um Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten die Schuld an der militärischen Niederlage zuzuweisen.

Wer also so lange gegen das Stigma nationaler Unzuverlässigkeit kämpfen musste, der gab nicht ohne weiteres den ihm antrainierten Patriotismus auf. Deswegen kam für Ludwig Marum – wie für viele andere deutsche Juden – eine Emigration nicht in Frage. Ein Rettungsweg, der in den ersten Monaten seiner Haftzeit in Karlsruhe und Kislau vielleicht noch bestand, war damit für ihn verstellt.

Marum irrte also, weil er die Gefährlichkeit des deutschen Antisemitismus unterschätzte, er irrte sich in seinem Glauben

an ein Weiterbestehen des Rechtsstaates unter dem NS-Regime, vor allem aber irrte er sich in seinem Gefühl der Dazugehörigkeit zu einer Gesellschaft, die ihn doch längst verstoßen hatte.

Spätestens die schreckliche Nazi-Inszenierung einer Schaufahrt auf Lastwagen durch die überfüllte Karlsruher Innenstadt, zu der Marum und andere prominente Sozialdemokraten am 16. Mai 1933 gezwungen wurden, hätte ihm deutlich machen müssen, dass dieses Regime nicht etwa *gegen* das deutsche Volk agierte, sondern *mit ihm*, getragen von einer Woge des Hasses und der Verachtung.

Hier soll natürlich nicht von Marums Irrtümern die Rede sein, um seine Bedeutung zu schmälern oder gar herabzusetzen. Gerade weil uns Marums politische Biographie so viel Respekt und Bewunderung abverlangt, muss sein Scheitern am Ende so beunruhigen. Und es stellt sich die Frage: Wo verbergen sich heute die Herausforderungen für unsere scheinbar gefestigte, in sich ruhende demokratische Kultur? Wo machen wir uns womöglich ähnliche Illusionen über die Tragfähigkeit der parlamentarischen Ordnung?

Der Antisemitismus kommt heute eher auf leisen Sohlen daher. Er zählt sicher nicht zu den großen Risiken unserer Zeit, auch wenn er hier und dort immer wieder aufscheint, sei es in der Verdammung Israels, sei es im Antiamerikanismus.

Wichtiger scheint mir schon die falsch verstandene Toleranz gegenüber dem religiösen Fundamentalismus der Gegenwart, gefährliche Strömungen finden sich in allen großen monotheistischen Weltreligionen. Besonders offensichtlich ist der Hass islamischer Fanatiker, die den liberalen

Gesellschaften Europas und Amerikas lieber heute als morgen ein Ende bereiten würden.

Beunruhigen sollte uns auch das nachlassende Interesse an der politischen Partizipation in den demokratisch regierten Ländern. Wer sich daran erinnert, wie leidenschaftlich Marum und die Sozialdemokratie für eine demokratische Verfassung Deutschlands gekämpft haben, der wird wenig Verständnis für die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung haben, für die Flucht aus den politischen Parteien und Gewerkschaften, ja für die Ablehnung alles Politischen und der Politiker generell. Die parlamentarische Demokratie musste teuer erkämpft werden – zu teuer, um sie nun mehr und mehr auszuhöhlen oder gar lächerlich zu machen.

Und es gibt eine Menge weiterer Gefahrenherde, ob es die Europamüdigkeit, der neue Nationalismus in Osteuropa oder die Parallelgesellschaften in deutschen Großstädten sind: Marums Schicksal zeigt uns *nicht*, wo *genau* die existentiellen Risiken für unsere demokratische Kultur verborgen sind; es zeigt uns allerdings, wie schwierig es sein kann, ihre Dimension und Gefährlichkeit rechtzeitig zu erkennen.

Gefordert ist also eine besondere politische Aufmerksamkeit, geforderte sind die Übernahme politischer Verantwortung und gesellschaftliches Engagement. Ohne diese Tugenden können ein Rechtsstaat, eine parlamentarische Demokratie nicht überleben.